

Pressemitteilung

Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

Neue Studie von BDI und VCI: Unternehmen in Deutschland leisten erheblichen Beitrag zum Steueraufkommen

- Bis 2014 Anstieg von Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer um über 19 Prozent auf gut 115 Milliarden Euro
- Amtliche Steuerstatistik weist tatsächlichen Steuerbeitrag nicht aus
- Bundesregierung muss Entlastungen bei Energiesteuer beibehalten

Seite
1 von 2

24/2011
10. Mai 2011

„Bereits im Vorfeld der kommenden Steuerschätzung wissen wir: Der Beitrag der Unternehmen zum Steueraufkommen ist viel höher, als es die offizielle Statistik besagt – und er wird weiter steigen.“ Das sagte Bernd Jonas, Vorsitzender des BDI-Steuerausschusses sowie Generalbevollmächtigter der ThyssenKrupp AG, anlässlich der Vorstellung der neuen Studie „Die Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland – Fakten für die politische Diskussion 2011“. Die Untersuchung von BDI und dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) wurde am Dienstag in Berlin vorgestellt.

„Der Beitrag der Unternehmen zur Finanzierung des Gemeinwesens ist aus der amtlichen Statistik nicht ersichtlich“, sagte Jonas. Darauf hatte auch der Sachverständigenrat bereits hingewiesen.

Der Studie zufolge wird der Steuerbeitrag der Unternehmen aus Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer von 96,6 Milliarden in diesem Jahr auf 115,3 Milliarden Euro im Jahr 2014 steigen. Das ist eine Zunahme um 19,4 Prozent. Die Mai-Steuerschätzung lässt sogar erwarten, dass sich der Beitrag der Unternehmen zum Ertragsteueraufkommen in diesem Jahr auf rund 100 Milliarden Euro erhöhen wird.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu
E-Mail
Presse@bdi.eu

Darin noch nicht enthalten sind die Steuern und Abgaben auf den Energieverbrauch, die zunehmend an Bedeutung gewinnen: „Die am Standort Deutschland anfallenden Energiekosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erheblich und beeinflussen zunehmend Investitionsentscheidungen“, warnte Wolfgang Haas, Vorsitzender des VCI-Steuerausschusses und Leiter der Zentralabteilung Steuern und Zölle der BASF SE.

Seit 1999 haben sich die staatlich verursachten Belastungen des Stromverbrauchs mehr als verfünffacht. Inzwischen liegt der deutsche Steuersatz 30-mal höher als der EU-weit vorgesehene Mindeststeuersatz. „Wenn deutsche Unternehmen nicht völlig losgelöst von europäischen Mitbewerbern wirtschaften sollen, muss die Bundesregierung die Energiesteuerentlastungen erhalten“, forderte Haas. In Deutschland liegt die Stromsteuerbelastung für das Produzierende Gewerbe bei 15,37 Euro je Megawattstunde. Das ist ein Vielfaches der Stromsteuer in anderen europäischen Industrieländern.

Die Studie von BDI und VCI analysiert weitere investitionsfeindliche Steuerregelungen, die verbessert werden müssen, um den Investitionsstandort Deutschland attraktiver zu machen. Dazu zählen die Neuordnung der Verlustverrechnung, eine international übliche Besteuerung von Abschreibungsmöglichkeiten und Funktionsverlagerungen, die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung sowie der Ersatz der krisenanfälligen Gewerbesteuer.

„Die Bundesregierung hat es in der Hand, mit besseren steuerlichen Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass Deutschland ein erfolgreicher Industriestandort bleibt“, sagte Jonas. „Nur so können die Unternehmen auch in Zukunft ihren erheblichen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.“

Die Studie von BDI und VCI finden Sie online unter www.bdi.eu.